

An allem ist zu Zweifeln! Eine Analyse des Sozialstaats zwischen Aufklärung und Belehrung

Völker, Wolfgang; Lutz, Tilman

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Völker, W., & Lutz, T. (2020). An allem ist zu Zweifeln! Eine Analyse des Sozialstaats zwischen Aufklärung und Belehrung. [Rezension des Buches *Der soziale Staat: über nützliche Armut und ihre Verwaltung: ökonomische Grundlagen, politische Maßnahmen, historische Etappen*, von R. Dillman, & A. Schiffer-Nasserie]. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 40(158), 115-121. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-91861-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

An allem ist zu Zweifeln! Eine Analyse des Sozialstaats zwischen Aufklärung und Belehrung

Über: *Renate Dillman/Arian Schiffer-Nasserie 2018: Der soziale Staat. Über nützliche Armut und ihre Verwaltung. Ökonomische Grundlagen. Politische Maßnahmen. Historische Etappen. Hamburg: VSA-Verlag, 298 Seiten, ISBN 978-3-89965-885-9, 19,80€ (gebundene Ausgabe)*

Auf dem blauen Band, den ein rotäugiger Bundesadler ziert, befinden sich neben dem Titel 47 Stichworte in alphabetischer Reihenfolge: von „Agenda 2010“ über „Krankenversicherung“, „Klassenkampf“ und „Mutterschutz“ bis zur „Zeitarbeit“. Damit erweckt der Band – sicher nicht ohne Absicht – den Eindruck eines Handbuchs, Lehrbuchs oder Lexikons. Man merkt: hier geht es ums Grundsätzliche. Denn die Autor*innen sehen im gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Diskurs über den Sozialstaat in Deutschland nicht nur erhebliche Mängel, sondern grundsätzliche Fehler.

Die Gliederung ist sehr übersichtlich und gut nachvollziehbar: die Untersuchung beginnt mit den ökonomischen Grundlagen in Teil 1, analysiert Maßnahmen und Handlungsfelder des Sozialstaats in Teil 2 und zeichnet in Teil 3 die Etappen der historischen Entwicklung nach. Damit soll gezeigt werden, dass der deutsche Sozialstaat so wie er ist nicht „Resultat zufällig aufeinanderfolgender Ereignisse oder subjektiver Einfälle und Entscheidungen einzelner Herrscher-Figuren ist“ oder gar „Ausdruck einer ideengeschichtlichen Auseinandersetzung, in

der verschiedene Gerechtigkeitskonzepte [...] gerungen“ hätten (158).

Beiden Erklärungsmodellen wird eine prinzipielle Absage erteilt, womit der Zugang zur vorliegenden Sozialstaatsanalyse klar ist: „Die ‘Idee’ blamierte sich immer, soweit sie von dem ‘Interesse’ unterschieden war.“ (MEW Bd. 2: 86). Dem ist – auch mit Max Weber – grundsätzlich zuzustimmen. Die absolute Absage an die Relevanz von Ideen und Gerechtigkeitsvorstellungen erscheint uns jedoch fragwürdig und verkürzt: „Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber die ‘Weltbilder’, welche durch ‘Ideen’ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte“ (Weber 1915: 252). Das Zusammenspiel von Ideen, Interessen, Geschlechterverhältnissen und Institutionen (bspw. mit Blick auf Pfadabhängigkeiten, die auf S. 158 zumindest genannt werden, jedoch untergeordnet bleiben) auf Basis der hier betonten grundlegenden Funktion des Sozialstaats (Lessenich 2012) wird als analytischer Zugang abgelehnt – auch wenn dieses Zusammenspiel sich in den weiteren, detaillierten und fundierten Teilen durchaus erkennen ließe.

Zu Recht, wenn auch etwas einseitig, bestehen die Autor*innen des Bandes darauf, dass das „Allgemeinwohl“, für das Sozialpolitik steht, Produkt einer Auseinandersetzung von Interessen ist“ (158). Im historischen Teil soll jedenfalls für die Leser*innen nachvollziehbar werden, wie „das staatliche Recht, die geltenden Regelungen und Institutionen“ aus „spezifischen Interessens- und Machtkonstellationen hervorgegangen“ ist und dann zu dem „sozialen Staat“

wird – mit einem objektiven staatlichem Willen und Zweck (158). Den Abschluss der Untersuchung bildet ein Fazit, in dem „der soziale Staat“ anhand von ökonomischen Grundlagen, politischen Maßnahmen und historischen Etappen der Sozialpolitik auf den Punkt gebracht wird. Die einzelnen Unterkapitel sind für eilige Leser*innen mit Zwischenfaziten und die großen Kapitel mit Faziten abgeschlossen. Solchen eiligen Leser*innen entgehen dann allerdings die mit fleißig recherchiertem, aktuellem und historischem Material unterfütterten Analysen sowohl der sozialstaatlichen Handlungsfelder als auch der historischen Etappen.

Die Zielgruppe des blauen Bandes sind „Studierende des Sozialwesens und der Sozialwissenschaften“, „Gewerkschafter*innen und Multiplikatoren der politischen Bildung“ und „[v]or allem (...) die Betroffenen selbst, die sich über die ökonomischen Ursachen, die sozialpolitischen Zielsetzungen und die historische Entwicklung ihrer ‚alternativen‘ sozialpolitischen Zurückung ein unvoreingenommenes und schonungslos Bild machen wollen, weil sie sich mit ihrer unzulänglichen Lage dauerhaft nicht abfinden können“ (9). „Betroffene“ sind (mehr oder weniger stark) letztlich alle lohnabhängig Beschäftigten, dies müsste dort freilich noch hinzugefügt werden.

Das Alleinstellungsmerkmal der hier vorgebrachten kritischen Position zu (Sozial) Staat und Kapitalismus liegt nach dem Standpunkt der Autor*innen in den Fehlern des interessegeleiteten und idealisierenden Diskurses in Sozialwissenschaft und Politik über den Sozialstaat. Trotz aller vorgebrachten Kritik, bleibe diese immanent und stelle die Sinnhaftigkeit des sozialen Staates nicht in Frage. Daher seien diese Positionen „geschlossen voll des Lobes“ (8) für den

Sozialstaat als solchen. Unterstellt wird, dass alle Positionen diesen auf Schutz und Hilfe reduzieren und Interessenkämpfe, Befriedung, Herrschaft, Funktionalität und Notwendigkeit sozialstaatlicher Regelungen für die Verwertungsinteressen kapitalistischen Wirtschaftens nicht thematisieren. Die in der Einleitung aufgeworfenen Fragen, z.B. „Wieso gehören die Versorgung der Menschen und die Rücksichtnahme auf ihre sozialen Belange nicht zum Auftrag der Ökonomie selbst“ oder „Warum ist das ‚Soziale‘ getrennt von ‚der Wirtschaft‘ überhaupt eine gesonderte Staatsaufgabe?“ oder „Wieso gibt es ‚soziale Ungleichheit‘, die ‚ausgeglichen‘ werden muss?“, „Worin bestehen die angesprochenen ‚Lebensrisiken‘?“ sind aus Sicht der Autor*innen Fragen, die außer ihnen fast niemand stellt. Vor allem scheinen es Fragen zu sein, auf die sie allein die richtigen Antworten geben. Alle anderen verlaufen/verirren sich offenbar in Konflikten über das „Ausmaß, die Folgen und die Gerechtigkeit der [je] aktuellen Maßnahmen“, ohne den sozialen Staat in seinem Kern zu hinterfragen: „Sozialstaat und Sozialpolitik werden in der Gesellschaft und Wissenschaft gleichermaßen dafür gerühmt, dass sie organisierte staatliche *Hilfe* darstellen. Sie gelten als Gütesiegel modernen Staaten“ (9).

Eine solche Position zeugt von Herablassung nicht nur gegenüber Sozialstaatsdiskussionen, wie sie in den WIDERSPRÜCHEN seit ihrem Bestehen geführt werden, sondern auch gegenüber wissenschaftlichen Positionen und Analysen von Lehnhart/Offe (1977) (Sozialstaat als Akteur der Verlohnarbeiterung) über Castels „Metamorphosen der sozialen Frage“ (2008), Lessenichs „Theorien des Sozialstaats“ (2012) und regulationstheoretische (Sozialstaats) Analysen (bspw. Steinert/Resch 2009) bis

hin zu feministischen Kritiken der kapitalistischen Ökonomie und Staatlichkeit, etwa von Christel Neusüß, Adelheid Biesecker, Gabriele Winker oder Tove Soiland. Last not least sei hier auch das jüngste „Staatsheft“ der WIDERSPRÜCHE (Heft 144) genannt, in dem Kannankulam (2017) die materialistische Staatsdebatte vorstellt und reflektiert. Neben diesen hier nur exemplarisch genannten Wissenschaftler*innen gibt es reichlich weitere Texte, auch aus explizit politisch-aktivistischen Zusammenhängen, in denen das Verhältnis von Staat, Kapitalismus und Sozialstaat kritisch und umfassend debattiert wurde und wird.

In Teil 1 zu den ökonomischen Grundlagen (11-31) wird in gut verständlicher Sprache die marxische Analyse des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital nacherzählt und der entsprechende Interessen- und Klassengegensatz herausgearbeitet. Die vorgebrachten Argumente zum besonderen Charakter der Ware Arbeitskraft, zum Zwang der eigentumslosen Lohnarbeiter*innen, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, da sie keine andere Einkommensquelle haben, werden sogar in einem übersichtlichen Schema „Das Lohnverhältnis in der Marktwirtschaft“ (27) zusammengefasst. An dessen Ende steht eine Schlussfolgerung, die Leser*innen, die sich mit Sozialstaat und Sozialpolitik im Kapitalismus befassen, keinesfalls fremd sein dürfte: „Der Ausgangspunkt der Sozialpolitik ist die auf dem Lohn als Mittel der Eigentumsvermehrung gründende Notlage“. Damit ist der historische Ausgangspunkt zwar richtig und klar beschrieben, dennoch ließen sich für das Programm des Social Investment State, wie er aktuell politisch aktiviert wird, noch weitere Ausgangspunkte nennen, die eben-

falls mit der Reproduktion der lohnabhängigen/proletarischen Existenz bzw. der Reproduktion der besonderen Ware Arbeitskraft und ihrer Haushalte zusammenhängen. Die hier vorgenommene Fokussierung auf 'eine Wahrheit' ist einerseits eindrucksvoll und konsistent. Die zur Wissenschaft, insbesondere zu einer sich kritisch verstehenden, notwendig gehörende reflexive Argumentation, die sich mit erweiternden und gegensätzlichen Positionen auseinandersetzt und das eigene Argument daran schärft und weiterentwickelt, wird jedoch kaum geführt. Das ist schade, da der Band – entsprechend seiner Absicht und Zwecksetzung – viele unbequeme und 'desillusionierende' (284) Analysen gut nachvollziehbar aufbereitet, sich auf diese Weise allerdings der kritischen Auseinandersetzung mit den eigenen Argumenten entzieht und stellenweise in normativen Be- und Abwertungen ergeht.

Deutlich wird dies an dem im ersten Kapitel verorteten Exkurs zu den Fehlern der Armutsforschung. Diese ignoriere, so die Verfasser*innen, die Existenz „qualitativ verschiedener Einkommensquellen (Kapital, Lohnarbeit, Grundeigentum)“ (29) und rede nur von quantitativer Einkommensverteilung. Damit werde der „ökonomische Zusammenhang zwischen Einkommensart und Einkommenshöhe kategorisch ausgeschlossen“ (29). Aus der – hier als „zutreffend“ markierten – Feststellung, Armut immer relational bzw. relativ zum Reichtum zu betrachten, lande die „Armutsforschung konsequent falsch“ (ebd.) bei der Aussage, dass Armut letztlich eine normativ umstrittene Definitionssache sei. Indem die Armutsforschung Armut immer als Abweichung vom mittleren Einkommen definiere, gelänge ihr die „ideologische Großleistung“, Armut per definitionem zu einem Minder-

heitenphänomen zu machen. Schließlich wird kritisiert, dass die Frage der Armutforschung nach Faktoren, die das Armutsrisiko erhöhen, zwar bei Notlagen landen, diese jedoch ausschließlich als Konkurrenz Nachteile auf dem Arbeitsmarkt (Gesundheitszustand, Vereinbarkeit Familie-Beruf, Migrationsgeschichte) betrachten, ohne nach den Ursachen dieses Elends zu fragen. Werden solche Ergebnisse der Armutforschung von den Autor*innen noch als „gelehrige Dummheit“ (30) klassifiziert, so wird die Rede von der „sozialen Spaltung“ oder darüber, wie viel Armut die Gesellschaft ertrage, als „Gemeinheit“ (ebd.) bezeichnet. Denn all diese kritischen Armutforscher*innen „bängen weniger um die Armen als um den Zusammenhalt der Gesellschaftsordnung die sie vom Reichtum ausschließt“ (30).

Die Schlussfolgerung der Autor*innen lautet, dass die Wissenschaftler*innen und Verbandsvertreter*innen ein „parteiliches Erkenntnisinteresse“ haben. Diese Perspektive interessiere sich eben nicht für ökonomische Gründe und Zusammenhänge der Lebenssituation von Armen im Reichtum, sondern nur „für die Risiken, die das für jenen Staat birgt, der die Armen so zuverlässig hervorbringt und verwaltet“ (31). Dass der Staat Armut verwaltet ist fraglos richtig, dass er Armut hervorbringen soll, verwundert als Argument gerade bei der in dem Band vorgetragenen Position, die immer wieder auf die ökonomischen Verhältnisse als Grundlage der Misere besteht. In dieser Argumentation scheint der Staat dann doch zum „deus ex machina“ oder zum „homogene[n] Subjekt einer höheren Vernunft oder einer teuflischen Idee“ (158) zu werden, der die Gesellschaft im Griff hat bzw. in den Griff nimmt, auch wenn ebendies auf derselben Seite (158) bestrit-

ten wird. Den eigenen Begriff von Armut der Autor*innen findet man z.B. im Fazit: „Der kapitalistische Reichtum beruht auf der Armut jener, die ihn als Lohnabhängige mit ihrer Arbeit herstellen, vermehren und verwalten. Arm sind sie, die Lohnabhängigen, weder ‘irgendwie’ und schon gar nicht in Abhängigkeit vom ‘jeweils zugrunde liegenden Definitions- und Wertmaßstab’ der Sozialwissenschaften. Arm sind sie, weil sie ausgeschlossen sind von Produktionsmitteln, um in der ‘Marktwirtschaft’ am gültigen Wert(!) Maßstab selbständig Waren zu produzieren, zu verkaufen und damit Geld zu verdienen. In diesem objektiven – weil am Maßstab dieser Gesellschaft gültigen – Sinn sind sie absolut arm. Das begründet überhaupt ihre Lohnabhängigkeit“ (274). Armut ist hier also allein der Nichtbesitz an Produktionsmitteln. Arm ist damit die lohnarbeitende Klasse insgesamt. Eine Hierarchie innerhalb der Lohnarbeit(enden), Milieus oder eine Hierarchisierung des Elends kann es danach wohl nicht geben, weil man dann Ungleichheiten und Differenzen innerhalb dieser Klasse (und die dort vorhandenen Interessenkonflikte) betrachten müsste, was vom Standpunkt der Autor*innen offenbar ein Fehler wäre.

Die Ausführungen zu den sozialstaatlichen Maßnahmen und Handlungsfeldern im zweiten Teil sind durchgehend so gegliedert, dass jeweils die Notlage und ihr Zusammenhang zur Lohnabhängigkeit dargestellt werden. Analysiert wird, wie der Sozialstaat sie „aus seiner Warte zur Kenntnis“ (34) nimmt und daraus sozialstaatliche Maßnahmen ableitet. Auch diese Herangehensweise ist der sozialwissenschaftlichen und politischen Sozialstaatsforschung keineswegs fremd. Was staatlicherseits zum zu bearbeitenden und damit ‘sozialen’ Prob-

lem wird, ist Ergebnis politischer Interessenkämpfe über gesellschaftliche Verhältnisse, in denen es sowohl um die Definition des Problems geht (i.d.R. individualisierend), als auch immer darum, in welches Verhältnis staatliche Verantwortung/Finanzierung und private Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger gesetzt wird. Und damit um die Frage, wie (und von wem) die definierten Probleme oder Konflikte bearbeitet werden sollen (damit wären wir allerdings schon sehr dicht an Ideen, Regulationsweisen und Konflikten um Hegemonie, die nicht so Recht zu dem hermetischen Staatsverständnis der vorgelegten Untersuchung passen).

Die Kapitel über „Ehe, Familie Kinder“, „(Aus)Bildung“, „Wohnen“, „Arbeit, Arbeitslosigkeit“, „Krankheiten“, „Alter“, „Pflegebedürftigkeit“, „Menschen mit Behinderungen“, „Existenzsichernde Maßnahmen“ sind gut zu lesen. Die jeweiligen Fazite sind im Wesentlichen Proklamationen des Standpunkts der Kritik der Autor*innen zum vorgestellten Feld. Positiv und in der Argumentationsweise des Bandes konsequent ist bspw. die Breite, in der auf gesundheitliche Belastungen und Schädigungen aufgrund von Lohnarbeit und den Umgang damit eingegangen wird. Auch wenn es den Autor*innen sicher widerstrebt, lassen sich diese Kapitel ebenso wie die folgenden über die historische Entwicklung (Teil 3) sehr gut als Steinbruch nutzen, aus dem schlagkräftige Argumente und Illustrationen (z.B. zur paritätischen Finanzierung, zur Demografie oder zu Migration und Unterbietungskonkurrenz der Lohnarbeitenden) für politische Positionen und analytische Zugänge ziehen kann. So verweist bspw. das Kapitel zu Ehe, Familien und Kindern sehr deutlich auf die Mittelschichtorientierung der bundesdeutschen Sozialpoli-

tik (und damit auf Interessenkonflikte und -gegensätze innerhalb der Klasse der Lohnarbeitenden). Solche Umgangsweisen wären jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit des in diesem Band kritisierten „Sozialstaatsidealismus“ mindestens verdächtig.

Die insgesamt sehr fundierte und gründliche Aufbereitung in diesem Teil verleiht dem blauen Band zweifellos einen hohen Gebrauchswert. Gleichzeitig ist auch hier – an vereinzelten Stellen – ein genauere Blick notwendig: So befeuert die Aussage, dass fast täglich ein Kind in Deutschland aufgrund von Misshandlungen zu Tode kommt (43), die aktuell dominierende Tendenz in der Kinder- und Jugendhilfe, fast ausschließlich mit der Kategorie der Kindeswohlgefährdung zu operieren (vgl. dazu WIDERSPRÜCHE Heft 149). Der Beleg dieser Aussage mit Schätzungen von Tsokos und Guddat, ist nicht nur äußerst dünn, vielmehr befördern solche (falschen) Dramatisierungen das von der Autor*innen anschließend zu Recht kritisierte repressive (und selektive) Eingreifen der staatlichen Instanzen.

In diesem zweiten Teil findet man auch einen Exkurs zur Sozialen Arbeit, der ihre kompensatorische und kontrollierende Funktion kritisiert und damit endet, dass sich Studierende oder Praktizierende der Sozialen Arbeit doch „mit den ökonomischen Grundlagen und politischen Maßnahmen des sozialen Staates“ auseinandersetzen sollen (151). „Das kann sogar dabei helfen, die Klienten nicht mit falschen Ansprüchen zu traktieren und selbst nicht an den eingebildeten Vorstellungen über die Bedeutung der Profession zu verzweifeln“ (151). Auch hier ist nicht davon die Rede, ob und wie sich Professionelle aus der Sozialen Arbeit organisieren und/oder politisch gegen gesellschaftliche Verhältnisse bewegen könnten,

die ihren Beruf erst nötig macht (und schon gar nicht, wo sie dies – wenn auch keinesfalls in Massen – bereits versuchen). Auch diesbezüglich, so unsere Befürchtung, kann aus Sicht der Autor*innen nur etwas herauskommen, das Illusionen über Politik und Staat in der kapitalistischen Gesellschaft befördert bzw. diesen auf den Leim geht.

Im dritten Teil, der Beschreibung der „Historischen Etappen: Von der Armenfürsorge zur Geschäftssphäre“ (157-272) wird – immer am Beispiel Deutschlands – und mit vielen verarbeiteten Quellen die Entstehung und Entwicklung von Sozialstaatlichkeit nachgezeichnet und interpretiert. Die Befreiung der Landbevölkerung in der ursprünglichen Akkumulation im Rahmen der preußischen Reformen zu Menschen ohne Subsistenzmittel außer ihrer Arbeitskraft, für die sie Käufer suchen müssen, die Anfänge der Arbeiterbewegung, des Arbeitsschutzes und kollektiver gegenseitiger Sicherungen, der Aufbau der Sozialversicherungen in der typischen Trennung von „Arbeiterpolitik“ und „Armenpolitik“ (Versicherung/Fürsorge), die Klassenkämpfe nach dem ersten Weltkrieg, die Sozialpolitik der Weimarer Republik, der nationalsozialistische Sozialstaat mit seinem „unerbittlichen Sortierungsstandpunkt“ (212), die kapitalistische Restauration in der BRD und der „Sozialstaatsidealismus an der Macht“ in der DDR (226). Die Phase nach 1989 und schließlich die Ökonomisierung der Sozialpolitik im Rahmen der Agenda 2010 sind die im Weiteren – sehr gründlich und fundiert – betrachteten Stufen. Auch hier finden sich in den Zwischenfazitzen immer die Standpunkte der Autor*innen zur sozialen und politischen Lage. Durchgängig wird dabei der Konflikt fokussiert, dass die kapi-

talistische Ökonomie sozialstaatliche Regelungen einerseits braucht, um den Raubbau an den Menschen, die die Ware Arbeitskraft besitzen oder diese zukünftig verkaufen sollen, zu beschränken und deren nachhaltige Nutzung zu ermöglichen, und dass diese sozialstaatlichen Regelungen andererseits Geld kosten. Versuche der Arbeiterbewegung oder von Parteien, soziale Verbesserungen zu erzielen, werden als in einem Dilemma befangen beschrieben: um den Sozialstaat besser auszustatten muss dessen ökonomische Grundlage funktionieren. Will der Staat in der Konkurrenz zu anderen (nationalen) Wirtschaften erfolgreich sein, „muss das ‘Soziale’ den Konkurrenzanforderungen gemäß zugerichtet werden“ (283). Das jüngste Beispiel sei die Agenda 2010 mit der Senkung des Lohnniveaus und der Prekarisierung des „Arbeitsvolks“ (283).

Am Ende des Fazits zum sozialen Staat stehen Aussagen, dass weder eine „sozialistische Revolution à la DDR“ noch sozialdemokratische Reformen „Perspektiven für diejenigen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen“ darstellen können (284). Die erwartbaren Alternativen liegen, solange „die Lohnabhängigen in Deutschland (...) weiterhin an die Vereinbarkeit ihrer Anliegen mit der herrschenden Ordnung, mit ‘ihrem sozialen Staat’ glauben“ aus Sicht der Autor*innen offenbar wesentlich in Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus .,„Bessern wird sich ihre soziale Lage dadurch gewiss nicht“ (284). Auch damit ist ein wesentlicher Aspekt gegenwärtiger sozialer Konflikte klar angesprochen und begründet, die Einordnung und die Perspektiven bleiben jedoch – explizit – „desillusionierend“ (ebd.). Für die Autor*innen gibt es kein „happy end“, „sofern die Betroffenen auf der Basis (sozial)staatsidealistischer Ideologien

weiter willens sind, ihren 'Lebenskampf' unter herrschenden Bedingungen zu führen. Es rettet uns eben kein höheres Wesen (...) und gewiss auch kein sozialer Staat" (285). Aus dieser Warte, die mit dem blauen Band „um etwas Aufklärung“ (285) bemüht ist, werden soziale Kämpfe, Klassenkampf und politische Auseinandersetzungen wohl notwendig zu sinnloser und falscher Praxis.

Es kommt uns fast vor wie bei „täglich grüßt das Murmeltier“: eine ewige Schleife von Staatsidealismus, bei dem die Gesellschaft und ihre Akteure immer landen, so lange sie nicht ausreichend aufgeklärt sind. Denn der Ausweg aus diesem falschen Leben kann – so liest sich der Abschluss ernüchternd (und das ist ja die Absicht des Bandes) – wohl nur in der Aufklärung darüber bestehen, wie und warum es falsch ist. In diesem Sinne liest sich der blaue Band über den

sozialen Staat jedoch weniger als Lehrbuch, sondern vielmehr als Buch der Belehrung. Er kann aber auch – reflexiv und in Anerkennung der vielen treffenden Analysen und Argumente – als gut sortierter Steinbruch von hoher Qualität gelesen und genutzt werden. Dazu gehört es jedoch, auch jegliche Form der Aufklärung zu hinterfragen. Wie Karl Marx seiner Tochter Jenny ins Album schrieb: „An allem ist zu zweifeln.“

Wolfgang Völker

Basselweg 65

22527 Hamburg

E-Mail: wolfgangvoelker@posteo.de

Tilman Lutz

Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie

Horner Weg 170

22111 Hamburg

E-Mail: tlutz@rauheshaus.de



Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
www.kurswechsel.at

Jahresprogramm 2021

- | | |
|--------|--|
| Heft 1 | Ungleiche Gesundheit |
| Heft 2 | Wiederbelebung der Demokratie |
| Heft 3 | 30 Jahre Zerfall der Sowjetunion:
Der lange Schatten eines Umbruchs |
| Heft 4 | Politische Ökonomie kritischer Infrastruktur |

Einzelheft: € 10,50

Normalabonnement: € 29,—

StudentInnenabonnement: € 18,—

Auslandsabonnement: € 36,—

Bestellung an: Sonderzahl Verlag

Fax: (0043-1) 586 80 70

E-Mail: verlag@sonderzahl.at

www.sonderzahl.at